



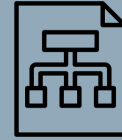
Konzept für eine sichere Wasserversorgung gemäß Wassersicherstellungsgesetz

Anteilsfinanzierung durch den Bund

Inhalt



Rechtsgrundlagen



Rahmenkonzept
Trinkwassernotversorgung



Anteilsfinanzierung
nach WasSiG

Rechtsgrundlagen



Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen (I)

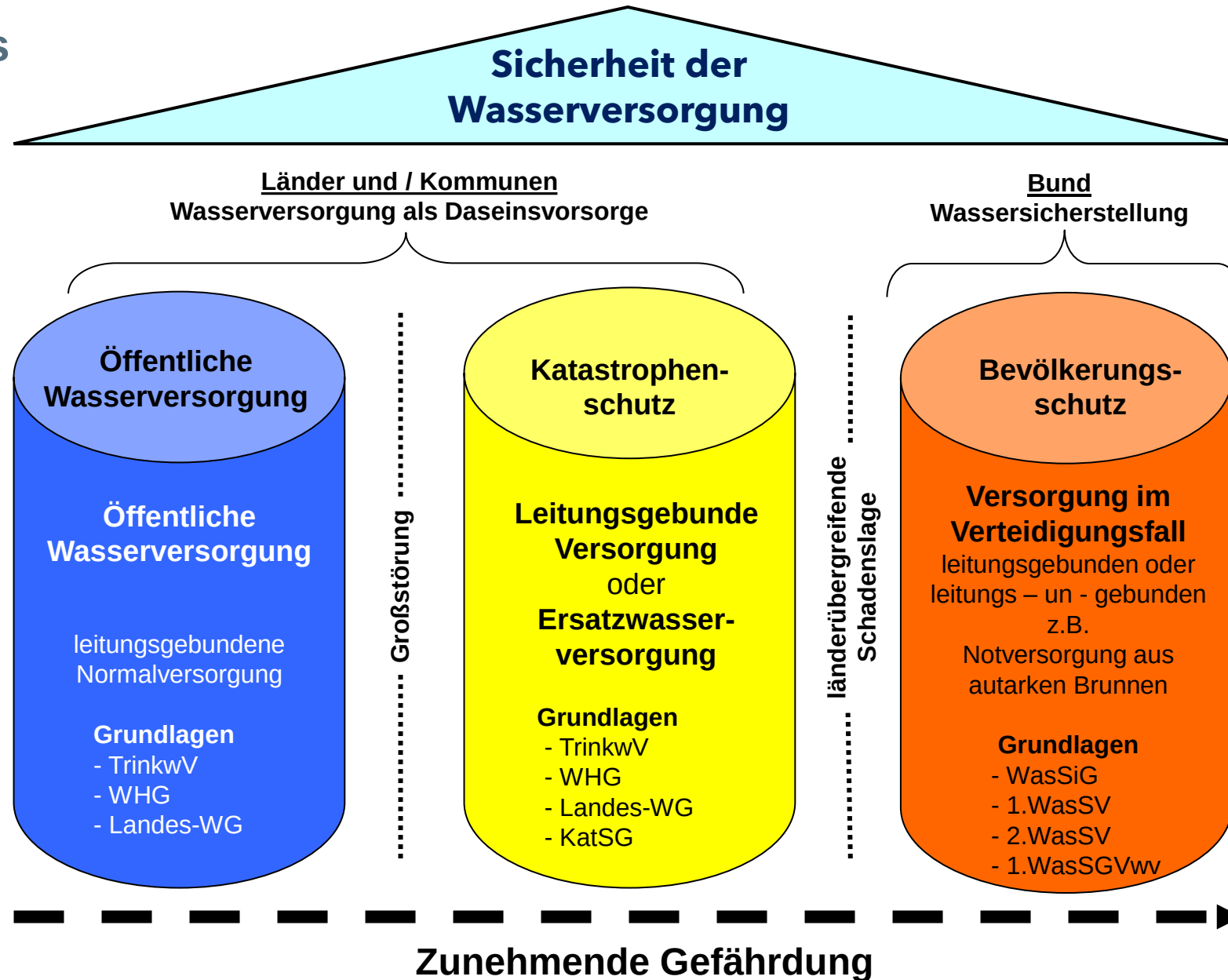
- Wassersicherstellungsgesetz (WasSiG) vom 24.08.1965
- Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Wassersicherstellungsgesetzes vom 10.02.1971
- 1. Wassersicherstellungsverordnung vom 31.03.1970
- 2. Wassersicherstellungsverordnung vom 11.09.1973, geändert am 25.04.1978
- Verordnung vom 07.05.1986 zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen nach §13 WasSiG
- Bestimmungen des Bundes zur Ausführung des Wassersicherstellungsgesetzes (WasSiG AB) vom 23.03.1990, zuletzt geändert mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 14.04.2015



Rechtsgrundlagen (II)

- Regelwerk für Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwassernotversorgung nach dem WasSiG (RW WasSiG) vom 01.01.1996, zuletzt geändert mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 14.04.2015
- Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz – ZSKG) vom 25.03.1997, zuletzt geändert durch Art. 1 des ZSGÄndG vom 02.04.2009
- Zuständigkeitsverordnung zum WasSiG (ZustV) vom 16.06.2015
- Rahmenkonzept der Trinkwassernotversorgung vom 22.02.2022
- Merkblatt für die Planung wasserwirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen zur Trinkwassernotversorgung vom 12.12.2022



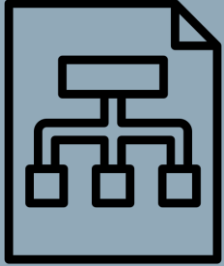


Trinkwassernotversorgung - Beteiligte Stellen

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz u. Katastrophenhilfe (BBK) vormals Bundesverwaltungsamt (BVA), Zentralstelle Zivilschutz => rechtliche und fachliche Vorgaben
- Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) => landesrechtliche Vorgaben
- Bayer. Landesamt für Umwelt (LfU) => Haushaltsvollzug, Beratung von Landkreisen, Städten, Gemeinden und Leistungspflichtigen
- Regierungen => Planungen Aufforderung, Begleitung und Prüfung
- Regierungen, Landratsämter (zuständige Behörden nach §26 WasSiG) => bei Einzelmaßnahmen Verpflichtungsbescheide
- Landkreise, kreisfreie Städte => Planungsbehörden
- Gesundheitsämter => Wasserqualität
- Wasserwirtschaftsämter => Beratung bei der Planung
- Leistungspflichtige => Planung, Wartung, Durchführung von Einzelmaßnahmen



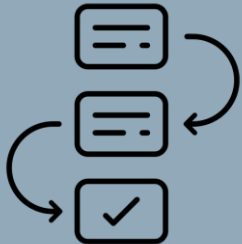
Rahmenkonzept Trinkwassernotversorgung



Szenarien



Ziele



Arbeitsschritte

Rahmenkonzept Trinkwassernotversorgung (Stand 22.02.2022)

- **Notwasserversorgung** (nach dem Wassersicherstellungsgesetz (**WasSiG**)):
 - Versorgung der Zivilbevölkerung im **Verteidigungsfall**
 - Bisheriges Szenario „großflächige Zerstörung der Infrastruktur“
 - **Neue Szenarien:**
 - **Extremszenarien des Verteidigungsfalls = „großflächige Zerstörung der Infrastruktur“**
 - **Friedensmäßig, länger andauernde, großflächige KRITIS-Großschadens- bzw. Ausfalllagen z. B. großflächiger Stromausfall, Extremwetterereignis etc.**

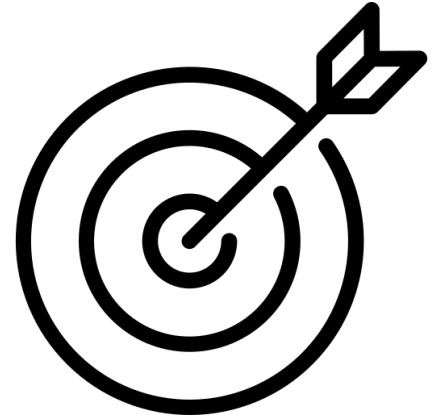


Abbildungen aus der LfU-Arbeitshilfe „Sicherheit der Wasserversorgung in Not-, Krisen- und Katastrophenfällen“

Rahmenkonzept Trinkwassernotversorgung (22.02.2022) - Ziele

Ziele:

1. Stärkung der Resilienz der öffentlichen Wasserversorgung durch
 - Erhöhung der Verfügbarkeit von Redundanzen
 - Härtung von Anlagen für relevante Szenarien
2. Sicherung einer Mindestversorgung



Inhalt des Konzeptes:

1. Mindestversorgungsziele:

Leitungsgebunden:

- Wasserversorgung soll im Fall eines Stromausfalls mindestens 72 Stunden funktionstüchtig sein
- Bedarf sensibler Einrichtungen ist zu berücksichtigen
- Zuverlässige Löschwasserversorgung

Leitungs – un – gebunden:

- Versorgung der Bevölkerung für mind. 30 Tage und 15 Liter pro Person und Tag in Nottrinkwasserqualität



Rahmenkonzept Trinkwassernotversorgung (22.02.2022) - Arbeitsschritte

Inhalt des Konzeptes:

2. Notwendige Arbeitsschritte

- Risikoanalyse der öffentlichen Wasserversorgung
- Ermittlung der notwendigen **leitungsgebundenen** Härungsmaßnahmen
- ergänzend dazu Ermittlung der geeigneten **leitungsungebundenen** Ersatz- oder Notversorgungsmaßnahmen
 - Trinkwassertransportkomponenten
 - Trinkwassernotbrunnen
 - Trinkwasseraufbereitungsanlagen
 - Mobile Verbindungsleitungen

Planungsträger: Landkreise und kreisfreie Städte

=> Zuarbeit durch die Wasserversorgungsunternehmen notwendig

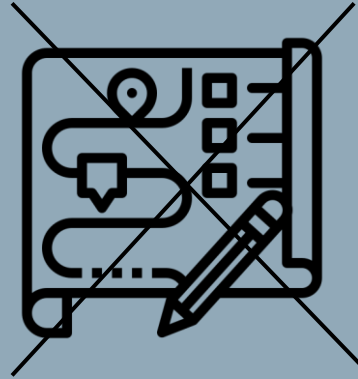


Abbildung aus der LfU-Arbeitshilfe „Sicherheit der Wasserversorgung in Not-, Krisen- und Katastrophenfällen“

Anteilsfinanzierung nach WasSiG für Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung



Planung vorhanden



Keine Planung
vorhanden

Anteilsfinanzierung von Maßnahmen nach WasSiG - Möglichkeiten

Gemäß LfU-Merkblatt
1.3/7 „Vollzug des
Wassersicherstellungsgesetzes“

1

**Erstellung einer Planung
durch die
Planungsbehörde
(Landratsamt oder
kreisfreie Stadt)**

- Ermittlung aller in der Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung notwendigen Maßnahmen
- Kurzbeantragung der Maßnahmen beim LfU

2

**Keine Planung der
Planungsbehörde
vorhanden**

- Feststellung der notwendigen Maßnahmen durch den Wasserversorger oder Abwasserentsorger und Ermittlung der notwendigen Maßnahmen
- Beantragung der Einzelmaßnahme beim LfU



Anteilsfinanzierung von Maßnahmen nach WasSiG - Szenarien

1

Erstellung einer Planung durch die Planungsbehörde (Landratsamt oder kreisfreie Stadt)

- Szenario: „großflächiger Stromausfall“
- Szenario: „Cyberangriff“
- Szenario: „Ausfall einer kritischen Anlagenstruktur“
 - ❖ Ausfall der leistungstärksten Gewinnungsanlage
 - ❖ Ausfall einer Wasseraufbereitungsanlage
 - ❖ Ausfall eines Wasserspeichers
 - ❖ Ausfall einer Druckerhöhungsanlage
 - ❖ Ausfall der wichtigsten Leitung

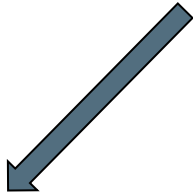
Gemäß LfU-Merkblatt
1.3/7 „Vollzug des
Wassersicherungsgesetzes“

2

Keine Planung der Planungsbehörde vorhanden

Anteilsfinanzierung von Maßnahmen nach WasSiG - Antragsunterlagen

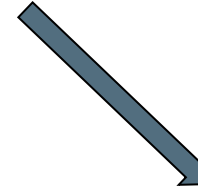
1



Erstellung einer Planung durch die Planungsbehörde (Landratsamt oder kreisfreie Stadt)

- ❖ BBK - Formblatt Wasserversorgung
- ❖ Anschreiben mit Verweis auf die Planung
- ❖ Kurzerläuterung der Einzelmaßnahme
- ❖ Einsatzort der Ausstattung mit Ermittlung der notwendigen Größe
- ❖ Konkretes Kostenangebot mit Datenblatt
- ❖ Zeitraum der möglichen Lieferung / Baumaßnahme
- ❖ Antrag auf vorzeitige Maßnahmenfreigabe

Gemäß LfU-Merkblatt
1.3/7 „Vollzug des
Wassersicherstellungsgesetzes“



2

Keine Planung der Planungsbehörde vorhanden

- ❖ BBK - Formblatt Wasserversorgung
- ❖ Exceltabelle als Risikoanalyse
- ❖ Plandarstellung oder Systemskizze
- ❖ Erläuterung der Maßnahme inkl. Darstellung der Verbesserung der Versorgungssituation
- ❖ Einsatzort der Ausstattung mit Ermittlung der notwendigen Größe
- ❖ Konkretes Kostenangebot mit Datenblatt
- ❖ Zeitraum der möglichen Lieferung / Baumaßnahme
- ❖ Stellungnahme der zuständigen § 26-Behörde
- ❖ Antrag auf vorzeitige Maßnahmenfreigabe



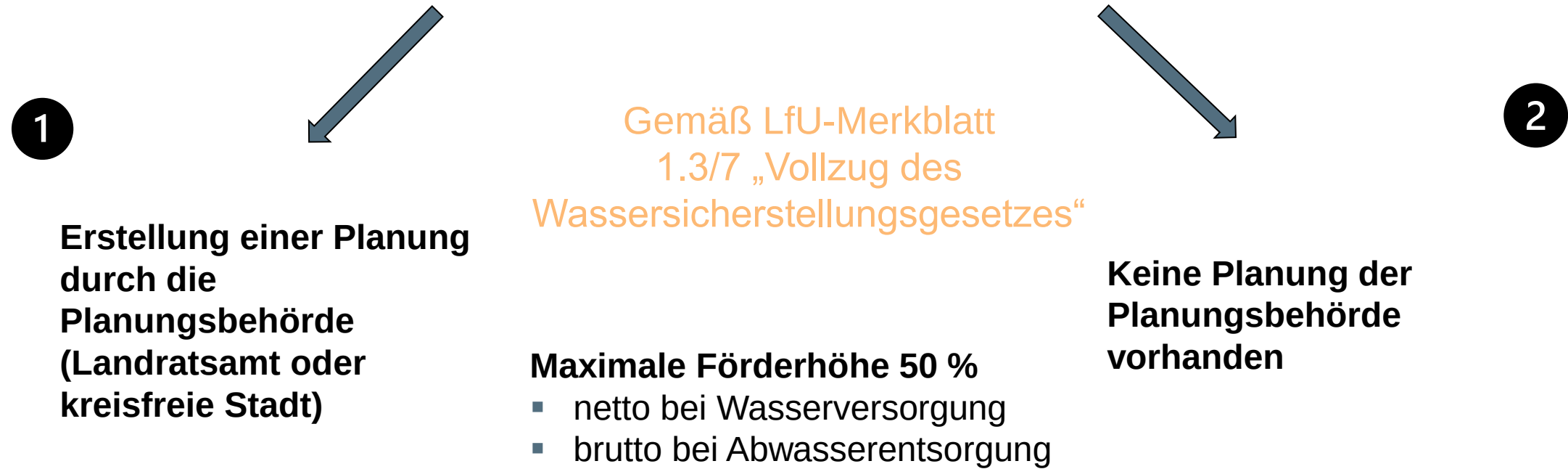
Exceltabelle als Risikoanalyse

Landkreis / kreisfreie Stadt	
Zusammenfassung der Risikoanalyse der öffentlichen Wasserversorgung	
WVU XXX	
WVA XXX	
Versorgungsstruktur	
Wassergewinnungsanlagen:	
Aufbereitungsanlagen:	
Wasserspeicher:	
Pumpwerke /	
Teilversorgungsgebiete:	
Bezugsmöglichkeiten von:	
Wasserlieferungen an:	
vorhandene Netzersatzanlagen:	
vorhandene Ressourcen:	
Karte / Lageplan liegt vor:	
Handlungsplan vorhanden:	
Maßnahmeplan vorhanden:	
Szenario "großflächiger Stromausfall":	
Erläuterung:	
notwendige Maßnahmen:	
Szenario "Cyberangriff":	
Erläuterung:	
notwendige Maßnahmen:	
Szenario "Ausfall einer kritischen Anlagenstruktur":	
Erläuterung:	
notwendige Maßnahmen:	
Zusammenfassung	

=> für jede WVA ist eine eigene Zusammenfassung der Risikoanalyse zu erstellen

1. Darstellung der Versorgungsstruktur
2. Erläuterung der Gegebenheiten bei den Szenarien
 - Stromausfall
 - Cyber-Angriff
 - Ausfall einer kritischen Anlagenstruktur

Anteilsfinanzierung von Maßnahmen nach WasSiG - Daseinsvorsorge



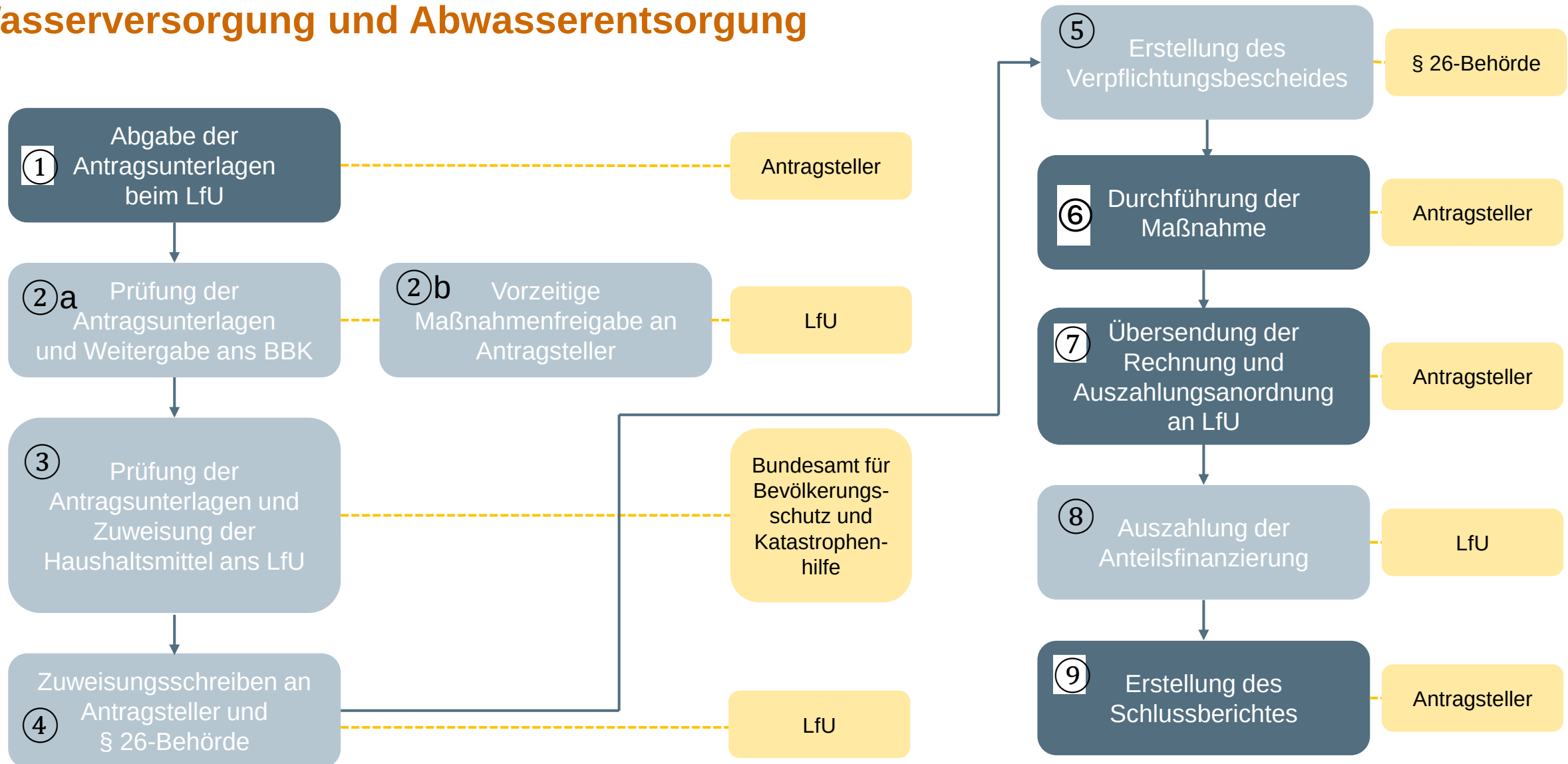
Achtung:

- Maßnahmen, die für die reguläre Wasserversorgung – unter Beachtung des n-1-Prinzips – notwendig sind, sind nicht anteilsfinanzierungsfähig! => wird durch LfU geprüft
- Doppelfinanzierung WasSiG und RZWas ist möglich!

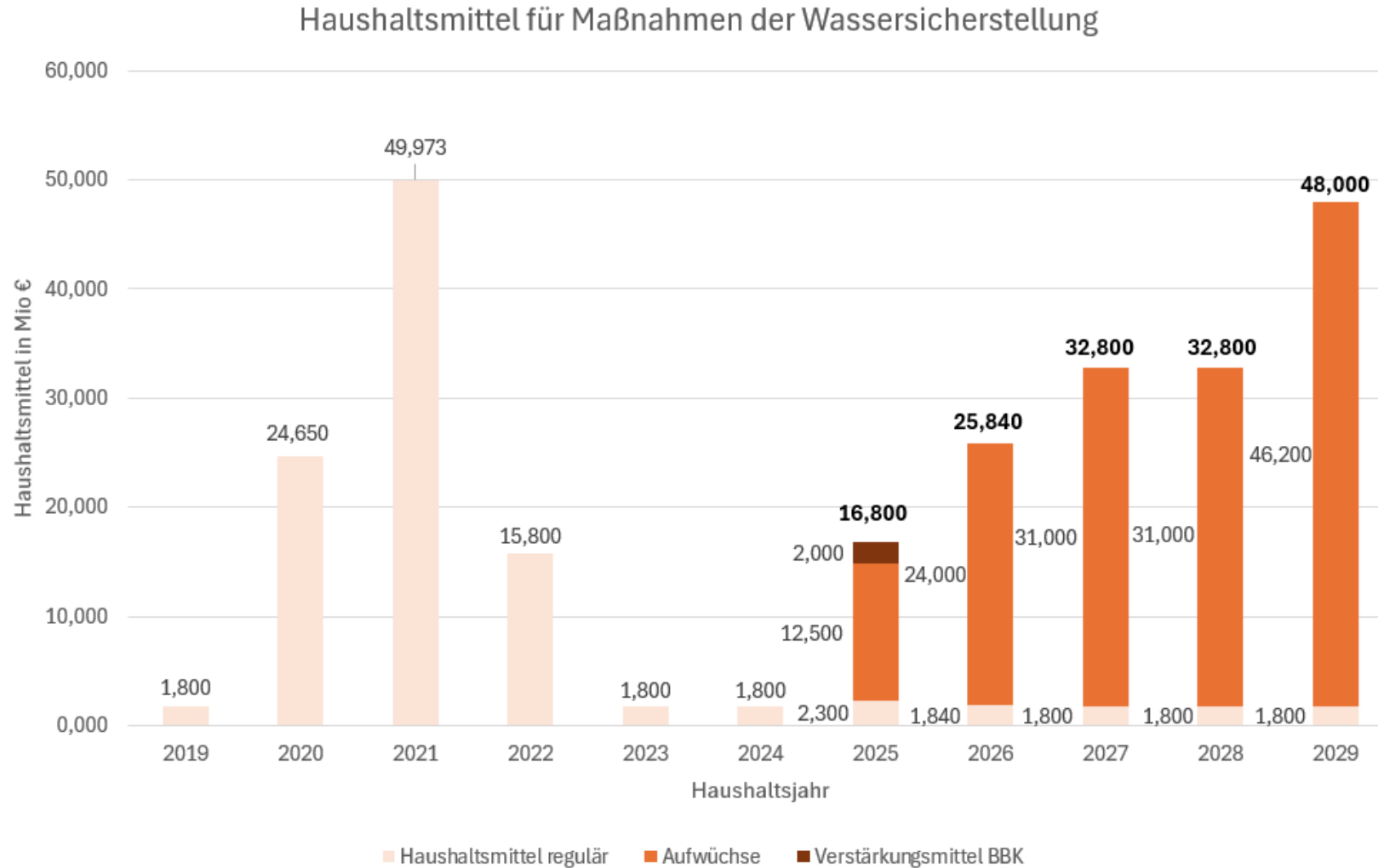


Anteilsfinanzierung von Maßnahmen nach WasSiG – Ablauf einer Einzelmaßnahme

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung



Rahmenkonzept Trinkwassernotversorgung – Anteilsfinanzierung von Maßnahmen nach WasSiG (aktuelle Haushaltsansätze des Bundes)



Mögliche Maßnahmen der öffentlichen Wasserversorgung

Szenario Stromausfall:

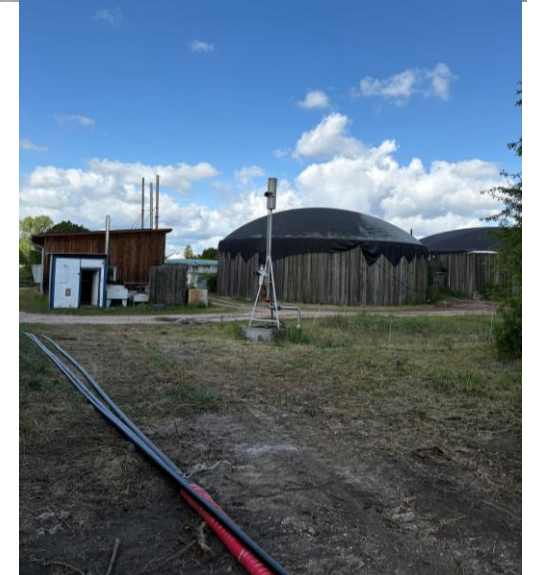
- Notstromaggregat
- PV-Anlagen mit Stromspeicher (nur der Teil für die Notstromversorgung)
- Anschluss an Biogasanlage

Szenario Cyberangriff:

- Neues Leitsystem
- Redundante Hardwareabsicherung
- Glasfaser

Szenario Ausfall einer kritischen Anlagenstruktur:

- Verbundleitungen
- Ringleitungen



Mögliche Maßnahmen der Ersatzwasserversorgung

Hinweis:

- Nur dort wo die öffentliche Wasserversorgung nicht mehr versorgen kann.

=> Wirtschaftlichkeit und technische Möglichkeiten prüfen

- Transportbehälter
- Fliegende Leitungen
- Notbrunnen nach WasSiG (bestehende Brunnen prüfen)
 - Technischer Zustand
 - Wasserqualität
 - Leistungsfähigkeit
 - Lage



alles (wasser-) klar ?



Babett Biedermann
Tel.: 09281/1800 – 4946

Bayerisches Landesamt für Umwelt
Ref. 95 - Wasserversorgungsanlagen,
Dienststelle Hof
Hans-Högn-Straße 12
95030 Hof/Saale

E-Mail: Wassersicherstellung@lfu.bayern.de

Internet: www.lfu.bayern.de

**Vielen Dank
für`s Zuhören !**